

Michael Spiekermann-Blankertz
Haushaltsrede der SPD-Fraktion zum Haushalt 2010
(Es gilt das gesprochene Wort)

Lüdinghausen, 18.03.2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Borgmann, meine sehr verehrten Damen und Herren,
Es scheint, dass endlich der langersehnte Frühling kommt. Leider gilt das nur für Draußen und nicht für unseren Haushalt.

„Die Situation ist da“ zitierten Sie bei der Einbringung Altbundeskanzler Adenauer. Und sie haben damit Recht. Es ist die Situation eingetreten, die wir bereits in unserer letzten Haushaltsrede beschrieben haben.

Die Krise ist auf kommunaler Ebene angekommen. Nicht nur in Wuppertal wird darüber nachgedacht, das Theater, drei Freibäder, zwei Hallenbäder, zwei Stadtteilbibliotheken und vier Bürgerbüros zu schließen. Gebühren werden fast überall erhöht, Grundschulen und Büchereien werden geschlossen, und falls Schwimmbäder nicht dicht machen, wird die Wassertemperatur heruntergedreht. Hannover hat zu Jahresbeginn die Hundesteuer, Parkgebühren, Abschleppkosten und Eintrittsgelder erhöht. Nicht nur in Suhl und Köln wird über eine Tourismusabgabe nachgedacht. Es gibt etliche weitere Beispiele; die Finanzsituation wird für die Kommunen von Jahr zu Jahr dramatischer. Wie so oft haben wir – und damit meine ich die kommunale Familie – die Zügel nicht selbst in der Hand und sind von der „großen Politik“ abhängig. Über das GFG und gekürzte Schlüsselzuweisungen bis hin zur Kreisumlage werden die Gemeinden ausgepresst. Immer neue Aufgaben, immer weniger Finanzierungsbeiträge.

Die FDP will Mehrwertsteuer auf kommunale Leistungen wie Abwasserklärung und Abfallentsorgung einführen und belastet die Bürger damit zusätzlich. Gleichzeitig werden Subventionen für die Hotelwirtschaft eingeführt, die von allen Experten als konjunkturpolitisch wirkungslos angesehen werden. Der Effekt ist aber, dass über die Schlüsselzuweisungen wieder weniger Geld bei uns ankommt. Die Partei der Klientelpolitik erweist sich auf allen politischen Ebenen als Ärgernis.

Die Kommunen brauchen für die ihnen zugewiesenen Aufgaben mehr Geld! Das Konnexitätsprinzip wird von dieser Landesregierung permanent mit Füßen getreten. Hier bezahlt nicht, wer bestellt, die Zeche zahlt das Ende der Kette, die Kommunen.

Stattdessen wird ein sogenanntes Wachstumsbeschleunigungsgesetz beschlossen. Dieses Gesetz sieht eine Entlastung von 8,5 Mrd. Euro vor. Davon müssen die Kommunen 1,57 Mrd. Euro aufbringen. Ich frage mal woher soll das Geld denn kommen? Von den Hundebesitzern und aus Bäderschließungen in Kommunen? Dieses Gesetz fördert das Schuldenwachstum der Kommunen und die Nettorendite einer FDP-Klientel.

Für Lüdinghausen bedeutet das umgerechnet eine Belastung von fast 500.000 Euro.

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren,

nach der Kommunalwahl haben CDU und FDP eine Koalitionsvereinbarung geschlossen mit dem Ziel, jährlich 500.000 Euro einzusparen. Ein hehres Ziel, doch wo das Geld herkommen sollte wurde nicht gesagt. Ein Großteil aber auf Kosten des Personals. Es ist einzigartig in der Geschichte der Stadt Lüdinghausen, dass sich der Personalrat in einem Brief an alle Fraktionen wendet. Zitat: *„Es kann und darf aber nicht sein, dass gerade die, die den Karren aus dem Dreck ziehen sollen auch noch durch Pauschalbeschlüsse wie Personalkosten einzusparen oder der Verhängung eines Einstellungs- und Beförderungsstops verhöhnt werden“*.

Mit so einer Politik bewirkt man das Gegenteil. Eine leistungsfähige und vor allem leistungsbereite Verwaltung schafft man durch solche Beschlüsse ab. Aber die FDP/CDU in Lüdinghausen scheint ja mittlerweile auch zu der Einsicht gekommen zu sein, dass im Personalbereich kaum noch Sparpotentiale vorhanden sind. Meine Damen und Herren von der FDP/CDU, auch Sie werden es bemerkt haben, wir haben bereits eine schlanke Verwaltung. Sie kann nur noch magersüchtig werden!!

Zum Haushalt selbst:

Die Eckdaten des Haushaltes sind bekannt, wir haben Sie in den Fraktionen alle beraten, daher beschränke ich mich auf das Wesentliche.

1.) Der Haushalt ist buchungstechnisch ausgeglichen. Erträge in Höhe von 39,3 Mio. Euro stehen einem Aufwand von 42,2 Mio. Euro gegenüber.

2.) Das negative Jahresergebnis beträgt 2,89 Mio. Euro, welches durch Entnahme aus der Ausgleichsrücklage ausgeglichen werden muss.

Demnach bleiben von der Ausgleichsrücklage von 8,45 Mio. Euro im Jahre 2008 nur noch 640.000 Euro übrig. Auf Deutsch, sie ist fast aufgezehrt! In nur 3 Jahren haben wir im NKF unseren Puffer – die Ausgleichsrücklage – zum Ausgleich des Defizits verbraucht.

Auf die Frage, wann Lüdinghausen in die Haushaltssicherung fällt lautete die Antwort: „Kurz bis mittelfristig“.

Folgende Einnahmepositionen werden von Ihnen veranschlagt:

Gewerbesteuer mit 7,0 Mio. Euro. Aus unserer Sicht ein durchaus realistischer Ansatz, geprägt von dem Grundsatz kaufmännischer Vorsicht, denn das überraschende Ergebnis aus 2009 mit einer um 1,4 Mio. Euro höheren Einnahme auf 8,4 Mio. Euro steht dem gegenüber.

Der Anteil der Einkommensteuer beträgt 7,15 Mio. Euro, in etwa gleicher Höhe werden Schlüsselzuweisungen erwartet.

Fast 2 Mio. Euro werden aus pauschalen Zuweisungen fließen.

Bei den Ausgaben ist der größte Block die Kreisumlage. Um die Höhe wird jedes Jahr zwischen den Bürgermeister und dem Landrat gerungen. Fakt ist, dass Lüdinghausen über 13,6 Mio. Euro zu zahlen hat und der Kreis dafür Aufgaben übernimmt. Auch hier spiegeln sich die Vorgaben aus Landes- und Bundespolitischen Gesetzen wieder, Gelder, die der Kreis zur Aufgabenerfüllung benötigt. Er holt sich das Geld über die Kreisumlage von den Kommunen zurück.

Investitionen in Höhe von 3,2 Mio. Euro können aus den Mitteln des Konjunkturpakets 2 durchgeführt werden. Den Ausbau der Wirtschaftswege wie Schölers Strötken haben wir aus den Ihnen bekannten und oft erwähnten Gründen abgelehnt. Aber sinnvolle Investitionen in Bildung konnten nur durch die Bereitstellung dieser Mittel durchgeführt werden. Größtes Objekt ist hier der Ausbau und Umbau der Aula des Antonius-Gymnasiums.

Landauf landab gehen die Schülerzahlen besonders an den Hauptschulen zurück. Auch in Lüdinghausen. Das 3-gliedrige Schulsystem hat sich überholt. Trotzdem wollen wir 1 Mio. Euro für die notwendige Umgestaltung des Schulhofes und der Hauptschule investieren. Ich bin kein Prophet, jedoch glaube ich, dass es in spätestens 5 bis 10 Jahren keine zwei Schulformen wie Haupt- und Realschule mehr geben wird. Die Verbundschule, in denen die beiden Schulformen aufgehen werden, wird kommen. Ebenso der Ganztagsbetrieb an allen Schulen.

Ebenso steht nach wie vor die Frage nach der Konfessionsgebundenheit der Grundschulen im Raum. Diese Konfessionsgebundenheit ist nicht zeitgemäß und gehört abgeschafft, es muss in Lüdinghausen wieder Gemeinschaftsgrundschulen geben!

Den Beschluss, aus den Mitteln des Kopa 2 in die Wirtschaftswege Gelder in einer Höhe von bisher 450.000 Euro zu investieren, haben wir nicht mitgetragen. Ich zitiere aus unseren letztjährigen Haushaltsreden:

„ich darf daran erinnern, dass wir erst ein klassifiziertes Kataster für den Außenbereich erstellen wollten. Dann sollte geprüft werden, ob und in welchem Maße auch die Bewohner im Außenbereich an Erschließungskosten herangezogen werden können. Dringend fordern wir hier das Straßenkataster mit der Bewertung und Klassifizierung. Hier fordern wir unverzüglich die Umsetzung der Ergebnisse aus dem GPA-Gutachten.“

Das ist immer noch nicht geschehen. Allein das reicht als Begründung eine Ablehnung dieses Haushaltes aus.

Der kommunale Eigenanteil von ca. 400.000 Euro (12,5 %) aus dem KP II muss nach § 6 des Zukunftsinvestitionsgesetzes ab dem Haushaltsjahr 2012 über einen Zeitraum von 10 Jahren zurückgezahlt werden. Somit wird er ab 2012 unseren Haushalt nicht über Gebühr strapazieren.

Der Zustand unserer Sport- und Turnhallen ist intensiv untersucht worden. Im Ergebnis, dass der Bau einer modernen Sporthalle notwendiger denn je ist. Bis 2013 stehen für den Bau ca. 4 Mio. Euro im Haushalt. Der Verein will sich mit seinen Möglichkeiten an den Mehrkosten bei der Unterhaltung beteiligen, daher steht die SPD voll hinter dem Konzept einer multifunktionalen Leistungssporthalle, sieht aber eine Solitärlösung an diesem Standort als die bessere Lösung an. Wir haben das am

Dienstag im Planungsausschuss auch noch einmal verdeutlicht.

Versorgung und Betreuung für Kinder unter 3:

Im letzten Ausschuss für Bildung und Soziales wurde dieser Punkt thematisiert.

Der Bund und das Land NRW haben ein Investitionsprogramm aufgelegt, um die Versorgung mit Plätzen für Kinder unter drei Jahren auszubauen. Die Zuwendungen werden gewährt im Rahmen des Investitionsprogramms „Kinderbetreuungsfinanzierung 2008 - 2013“. Dieses Programm begleitet die Zielsetzung, bis zum Jahr 2013 bundesweit durchschnittlich für 35 % der Kinder unter drei Jahren Plätze in Kindertageseinrichtungen oder Kindertagespflege einzurichten. Für die meisten vorhandenen Kindertageseinrichtungen bedeutet dies, dass eine Ausweitung des Platzangebotes für Kinder unter 3 Jahren nur erfolgen kann, wenn die jeweilige Einrichtung baulich verändert wird. Im Stephanus-Kindergarten brauchte in den letzten Jahren kaum etwas verändert werden, und so erklären sich die notwendigen Investitionskosten von 488.000 Euro. Davon übernimmt das Land 288.000 Euro; die evangelische Kirche 134.000 Euro inkl. Betriebseinrichtung.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

Kinder sind teuer, stand in den WN zu diesem Thema. Dies kann so nicht stehen bleiben, Kinder müssen es uns wert sein, diese 100.000 Euro als Stadt zu investieren, auch vor dem Hintergrund vielfältiger Betreuungskonzepte.

Es handelt sich hier nicht um "zu schaffendes Vermögen" der evangelischen Kirche, sondern um einen dringenden Anbau für dringend benötigte U3-Plätze in Lüdinghausen. Das Kreisjugendamt hat die Notwendigkeit und Angemessenheit der geplanten Baumaßnahmen bestätigt, außerdem ist mehrfach dargelegt worden, dass die vom Gesetzgeber vorgesehenen Fördermittel nicht ausreichen und deswegen gegen diese Regelungen Kommunalverfassungsbeschwerde eingelegt wurde. Auch hier das Bild der Landesregierung: Wer bestellt, bezahlt nicht - jedenfalls nicht im notwendigen Umfang.

Positiv haben wir letztes Jahr vermerkt, dass unsere Verschuldung zurückgefahren worden ist und wir ohne neue Kreditaufnahmen auskommen können. Ende 2010 werden die Kreditverpflichtungen von 7 Mio. auf 5,4 Mio. zurückgegangen sein, sagten Sie, Herr Bürgermeister, bei der Einbringung des Haushaltes. Sie haben dabei nur eines außer Acht gelassen. Die Kreditverpflichtung an die LBBW bedingt durch das Hallenbad. Diese Schulden von über 7 Mio. Euro müssen Sie hinzuzählen! Und die Zahlungsverpflichtung läuft über 26 Jahre, womit wir beim Thema Hallenbad wären:

Schlagzeile der WN vom 03.09.2005 zur Eröffnung des Seeparks:

"Traum wurde Wirklichkeit. Der gemeinsame Erfolg strahle auf ganz Deutschland

Ich betone ausdrücklich, diese Traum hatte die SPD nicht. Wir haben diesem Vertrag gerade wegen des Risikos bei einer Insolvenz nicht zustimmen können!

Dieser Fall ist nun, 4 Jahre später, eingetreten. Am 17.10.2009, nur 2 Wochen nach der Kommunalwahl –Dortmund lässt grüßen! - und nach einem zwischenzeitlichen Betreiberwechsel, war die Überschrift „Badbetreiber gibt auf!“

Ein Traum, der für den Kämmerer der Stadt Lüdinghausen zum Albtraum geworden ist!

Die Verantwortung für diese Situation hat aber noch niemand übernommen, weder Sie Herr Bürgermeister, noch die Verantwortlichen der ehemaligen Mehrheitspartei.

Im diesem Jahr stehen für das Hallenbad 240.000 Euro im Haushalt, ohne dass dieses Bad auch nur für eine Minute geöffnet hat. Hinzu kommen Beratungsleistungen von 70.000 Euro und Kreditverpflichtungen an die LBBW von etwa 460.000 Euro. Insgesamt also fast 800.000 Euro, für die unsere Bürger keinen Gegenwert sehen, allein in 2010. Auch in den Folgejahren wird das Bad unseren Haushalt massiv belasten. Die Verpflichtungen an die LBBW steigen jedes Jahr um 1,5%, völlig unabhängig davon, ob das Bad geöffnet ist oder nicht. Und das noch 26 Jahre lang!

Die SPD steht zum Hallenbad. Allein für den Schulstandort Lüdinghausen halten wir es – auch angesichts der prekären Sporthallensituation - für nicht verzichtbar. Ebenso stellt das Bad einen weichen Standortfaktor für unsere Bürger und Vereine dar. Uns und allen anderen hier im Rat geht es darum, den Schaden möglichst gering zu halten. Der erneuten europaweiten Ausschreibung für eine Betriebsführerschaft haben wir vorbehaltlich klarer Vergabekriterien zugestimmt. Ebenso aus steuerrechtlichen Gründen der Gesellschaftsform als GmbH, dem nächsten Tagesordnungspunkt. Doch die Besetzung der Gesellschafterversammlung, dem Aufsichtsgremium für das zukünftige Bad,

kann nach unserer Auffassung nur aus dem HFA bestehen. So sieht es auch die beratende Sozietät Wolter Hoppenberg. Der HFA spiegelt das Ergebnis der Kommunalwahl wieder, nicht der Vorschlag der Verwaltung mit einer Besetzung von 8 Mitgliedern plus Bürgermeister. Es wäre paradox, wenn diejenigen, die diese Badkrise zu verantworten haben, mit absoluter Mehrheit das kontrollierende Organ besetzen.

Wir wissen alle, dass mit einer – auch teilweisen – Öffnung des Bades nicht vor September zu rechnen ist. Wir wissen auch, dass uns dieses Bad weitere prognostizierte 400.000 – 600.000 Euro an Zuschuss kosten wird. Angesichts der Tatsache, dass wir unabhängig von einer Öffnung fast 700.000 Euro sowieso zu zahlen haben, ohne eine Gegenleistung zu bekommen, werden wir in den sauren Apfel beißen müssen.

Vor diesem Hintergrund sind für eine zukünftige Haushaltsplanung auf der einen Seite dringend Einsparungen erforderlich, auf der anderen Seite müssen aber Einnahmen erhöht werden. Ich darf daran erinnern, dass wir eine Verkleinerung des Rates gefordert haben. Dies wurde von Ihnen abgelehnt mit dem Ergebnis, dass wir nun 40 Mitglieder sind und die Sitzungen länger dauern. Trotz Änderung der Anfangszeiten und Ausschusszusammenlegung ist keine Einsparung zu verzeichnen, eine Verkleinerung des Rates hätte dies bewirkt.

Wir sehen in diesem Haushalt, dass in einzelnen Budgets noch Luft ist. So sind die Ansätze im Gebührenbereich Marktwesen und Standesamt nicht kostendeckend. Allein hier ist ein Potential von 80.000 Euro zu heben.

Durch das NKF sollen Ziele vorgegeben werden.

Ein Ziel muss lauten. Ein zumindest vorläufiger Jahresabschluss muss zur Einbringung des Haushaltes bekannt sein. Uns liegen noch nicht einmal die Zahlen aus 2008 vor. Sie können nicht von uns erwarten, dass wir alle eine Glaskugel haben, die uns diese Zahlen liefert.

Die Stadt muss ihre Grundstücke entwickeln, hier meine ich besonders das Grundstück in der Borg, das wir teuer gekauft haben

Ein weiteres Ziel muss lauten, kostendeckende Gebühren zu erheben.

Ein Straßenkataster und Bewertung der Straßen im Außenbereich unter Einbeziehung von Anliegerkosten haben wir bereits mehrfach gefordert. Wenn es nicht kommt, muss über eine deutliche Erhöhung der Grundsteuer A geredet werden.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

Eine Stadt hat dann Zukunft, wenn sie Lebensqualität bietet, wenn sie Chancen für Kinder und Jugendliche hat und wenn sie für Gewerbe und Industrie ein guter Standort ist. Das bedeutet, dass wir nur dort kürzen können, wo keine Strukturen zerschlagen werden und Einschnitte nur da möglich sind, wo es noch verantwortbar ist.

Ich fasse zusammen:

Dieser Haushalt verschwieg bis heute die Schulden an der LBBW aus dem Hallenbadgeschäft.

Uns fehlen die Haushaltsabrechnungen der Jahre 2008 und 2009.

Außerdem sind Gebühren nicht kostendeckend und es fehlt an Klarheit.

Ein Straßenkataster mit Bewertung fehlt nach wie vor.

Der Antrag der CDU/FDP, pauschal 345.000 Euro in den Kostengruppen 13 – 16 einzusparen, ist zunächst einmal eine gute Absicht, macht es doch gerade mal 3% des Budget aus. Bei genauerer Betrachtung macht es sich die Koalition leicht und schiebt den Schwarzen Peter der Verwaltung zu. Sie stellt der Verwaltung eine leere Suppenschüssel auf den Tisch und wünscht guten Appetit. Es wäre schön gewesen, wenn alle anderen Fraktionen im Vorfeld über diesen Antrag in Kenntnis gesetzt worden wären. So spektakulär und kreativ ist er doch gar nicht, als dass man ihn als Tischvorlage bringen muss. Wir hätten darüber ausführlich beraten können. Es ist daher absurd zu glauben, wir könnten heute darüber abstimmen und diesem Haushalt zustimmen, ohne diese Vorschläge in gebührender Form in der Fraktion zu beraten.

Unser Dank geht an Herrn Tuschmann und dem Team der Kämmerei, die diesen Haushalt aufgestellt haben und wahrlich am Inhalt des Haushaltsplans trotz aufgezeigter Mängel keine Schuld haben. Besonderen Dank gilt aber den Bauhofmitarbeitern, die in diesem Winter Überstunden fahren mussten ohne Ende, damit Lüdinghauser Bürgerinnen und Bürger die größtenteils von Schnee und Glatteis

befreiten Straßen nutzen konnten. Fast täglich führen die Bediensteten bereits vor 6 Uhr bei Eiseskälte und Schneetreiben raus um Schulwege und Straßen zu räumen. Das hat weitestgehend trotz Salzmangel gut geklappt und dafür ein Dank aus unserer Fraktion

Die SPD-Fraktion hat gestern beschlossen diesen Haushalt abzulehnen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.